



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Pressekonferenz

Beschäftigtenbefragung „Arbeit: sicher und fair.“

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Frankfurt, 18. Juni 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben diese Befragung aus zwei Gründen durchgeführt: Wir wollten von den Beschäftigten wissen, wie sie ihre Arbeitssituation sehen und welche Anforderungen sie an uns stellen. Wir werden daraus Schlussfolgerungen für unsere betriebs- und tarifpolitische Arbeit ziehen.

Wir wollten auch wissen, welche Antworten die Beschäftigten von der Politik erwarten.

Der Wahlkampf plätschert in Deutschland so vor sich hin. Ich habe nicht den Eindruck, dass hier ein klarer Meinungsstreit der Parteien über wichtige Fragen stattfindet. Vielmehr wird in Politikscharmützeln über kleine Gewinne gefeilscht. Das interessiert aber nur die Akteure selbst.

Wenn Sie dagegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen, was sie tatsächlich beschäftigt, ist die Antwort klar und deutlich.

1. Die Beschäftigten wollen von der Politik deutliche Zusagen für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Sie wollen sichere und faire Arbeit.
2. Die Beschäftigten wollen faire Altersübergänge und sie wollen Beruf und Familie vereinbaren können.
3. Die Beschäftigten wollen für sich und ihre Kinder gerechte Bildungschancen.

Das sind die Themen, über die die Parteien streiten sollten.

Ich will der Politik sagen: Sie werden Menschen nur dann für Wahlen gewinnen, wenn Sie deren Themen bearbeiten. Wer nicht über die Zukunft der Arbeit spricht, diskutiert an den Menschen vorbei.

Meine Damen und Herren,

die Beschäftigten schätzen ihre Arbeitssituation sehr pragmatisch ein. Sie haben eine realistische Vorstellung davon, was sie fordern können und was möglich ist.

Ich will das im Detail erläutern.

Die Beschäftigten wollen unbefristete, fair bezahlte Arbeit. Niedriglohn und prekäre Beschäftigung sollen eingedämmt werden.

88 Prozent bezeichnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“, 83 Prozent halten ein ausreichendes und verlässliches Einkommen für „sehr wichtig“.

Prekäre Beschäftigung wird strikt abgelehnt. Über 90 Prozent der Befragten fordern, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Und 63 Prozent halten das für „sehr wichtig“.

Was heißt das konkret? Die Politik muss Leiharbeit und Werkverträge regulieren, grundsätzlich muss gelten „gleiche Arbeit – gleiches Geld“.

92 Prozent der Befragten stimmen dieser Forderung zu, 67 Prozent sogar „voll und ganz“. Im gleichen Maße befürworten die Befragten unabhängig von der eigenen beruflichen Situation einen gesetzlichen Mindestlohn von heute mindestens 8,50 Euro.

Ich will anmerken:

In der Leiharbeit steht noch immer

- die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots,
- und die Begrenzung der Verleihdauer

aus.

Und bei Werkverträgen brauchen wir endlich

- eine klare Abgrenzung zwischen Arbeitnehmerüberlassung und Werkvertrag,
- die gesetzliche Festlegung von Vermutungsregelungen
- und Strafen bei Umgehung.

Damit Werkverträge nicht missbraucht werden, muss der Betriebsrat umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte erhalten. Die Beschäftigten erwarten von den Parteien eindeutige Aus- und Zusagen.

Die Antworten der Befragten belegen: Die IG Metall ist betriebs- und tarifpolitisch erfolgreich. 88 Prozent haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das zeigt, erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit macht Arbeit sicher und fair.

Aber nur knapp über 50 Prozent der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren haben überhaupt einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Wir benötigen die Jungen dringend als künftige Fachkräfte. Die Unternehmen vermitteln einem Teil von ihnen gleichzeitig die Botschaft: Wir wissen noch nicht, ob wir Dich auf Dauer brauchen. Das ist komplett widersinnig!

Die IG Metall steuert dagegen, etwa mit der unbefristeten Übernahme, die wir 2012 tarifpolitisch durchgesetzt haben. Jetzt ist die Politik gefordert, endlich wirksame Gesetze gegen prekäre Beschäftigung zu erlassen!

Sehr geehrte Damen und Herren,
Nahezu alle Befragten (97 Prozent) fordern von der Politik einen handlungsfähigen und starken Sozialstaat. Flexibilität gibt es nur gegen Sicherheit.

Faire Leistungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Grundvoraussetzungen. Der Staat muss auch dafür sorgen, dass Beschäftigte Arbeit und Leben miteinander vereinbaren können.

Flexibilität geht für die Beschäftigten dann in Ordnung, wenn sie verbindlich und tarifpolitisch geregelt ist. Über 90 Prozent wollen nicht, dass ihr Privatleben zu stark beeinträchtigt wird.

Die Beschäftigten erwarten, dass ihre Bedürfnisse gleichberechtigt neben denen der Unternehmen stehen. Dafür brauchen wir gute Betriebsvereinbarungen, die zum Beispiel Zeitausgleich und finanzielle Vergütung ermöglichen. Das geht nur mit einer starken Mitbestimmung.

Zu sicherer und fairer Arbeit gehört auch, dass ein fairer Ausstieg aus dem Arbeitsleben möglich ist. Die Rente mit 67 ist eine Sackgasse.

Nur ein Drittel der Beschäftigten sieht sich in der Lage, die derzeitige Arbeit bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter durchzuhalten. Wir brauchen altersgerechte Arbeitsplätze.

Ganze vier Prozent glauben, von der gesetzlichen Rente gut leben zu können. Sie wollen je nach beruflicher Situation flexibel aussteigen und trotzdem abschlagsfrei in Rente gehen.

Wer zum Beispiel 45 Jahre an einem hochproduktiven Arbeitsplatz in der Metall- und Elektroindustrie gebuckelt hat, muss abschlagsfrei in Rente gehen können.

Die IG Metall fordert

- faire Altersübergänge,
- die Möglichkeit nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können,
- und ein stabiles Rentenniveau.

Meine Damen und Herren,

die Beschäftigten wollen gerechte Bildungschancen.

Gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ist die Voraussetzung für Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit und weitreichende Innovationen.

Elektromobilität, Erneuerbare Energien - nur mit hochqualifizierten Facharbeitern und Ingenieuren wird unsere Industrie den Strukturwandel erfolgreich bewältigen.

Die Mehrheit der Befragten (70 Prozent) sieht Weiterbildung als wesentlichen Faktor in der beruflichen Entwicklung an. Gleichzeitig werden aber nicht mal 50 Prozent der Beschäftigten ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten im Betrieb angeboten.

Wir sehen derzeit keinen flächendeckenden Fachkräftemangel über alle Branchen hinweg. Wir müssen aber jetzt handeln, damit wir ihn morgen nicht bekommen!

Dazu müssen

- die Unternehmen ihre Investitionsquote in Weiterbildung signifikant erhöhen,
- und der Gesetzgeber für ein durchlässiges Bildungssystem sorgen.

Sonst können wir unsere Weltmarkt-Champions irgendwann in den Wind schreiben!

Sehr geehrte Damen und Herren,
so weit zu unseren zentralen Themen. Wir werden sie, so wie man das von uns kennt, in den Wahlkampf einbringen.

Die IG Metall hat als demokratische Organisation bei dieser Wahl noch eine zweite Verpflichtung. Wir wollen, dass die stärkste Wählergruppe bei der nächsten Bundestagswahl kleiner wird: Die „Partei der Nichtwähler“ mit 18 Millionen Wahlberechtigten muss schrumpfen!

Deshalb werden wir in den kommenden Wochen für unsere Themen und für eine höhere Wahlbeteiligung mobilisieren.

Die IG Metall wird über den Sommer viele Veranstaltungen durchführen: In den Betrieben, auf Bezirksveranstaltungen, bei Aktionen und auf Sommerfesten. Wir haben den Anspruch, in den 14 Tagen vor dem Wahlsonntag am 22. September bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Organisationsbereich direkt für eine Beteiligung an der Bundestagswahl zu werben.

Wir wollen, dass möglichst viele Beschäftigte an der Bundestagswahl teilnehmen und für eine Politik stimmen, die sichere und faire Arbeit fördert.

Es liegt jetzt an den politischen Parteien, den Wählerinnen und Wählern dafür konkrete Angebote zu machen. Mit den guten Ergebnissen unserer Beschäftigtenbefragung im Rücken kann ich festhalten: Man kann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen!

Das gilt für Hochqualifizierte, für Facharbeiter, für prekär Beschäftigte, für junge Menschen und für Ältere. Voraussetzung ist, dass man die Themen anspricht, die die Menschen beschäftigen.

Das hat die IG Metall getan. Jetzt ist es an der Politik. Nur wer die Anliegen der Beschäftigten in handfeste Aus- und Zusagen umgesetzt, wird Wählerinnen und Wähler gewinnen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.